



Chancen ergreifen –
Zukunft gestalten



Jahresrückblick

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

in meine Arbeit als eure SPD-Bundestagsabgeordnete möchte ich euch auf diesem Weg einen kleinen Jahresrückblick geben. Es gab eine Menge Gespräche und Veranstaltungen vor Ort und in Berlin. Insbesondere zu energiepolitischen Fragestellungen, aber u.a. auch zum Thema Freihandel und Fracking war ich hier und dort mit Vorträgen und in Diskussionsrunden eingebunden.

Auf der Rückseite findet ihr eine kleine Fotoauswahl. Auf meiner Homepage unter www.nina-scheer.de sind sowohl Stellungnahmen, Reden, Positionen als auch weitere Informationen sowie Bilder zu den Aktivitäten zusammengestellt.

Für die Hülle und Fülle an Themen, die wir seit der Bundestagswahl in Berlin behandelt haben, verweise ich auf Fraktionszeitschriften und Flyer, die ihr über meine Wahlkreisbüros in Geesthacht und Ahrensburg beziehen könnt.

Inhalt

• Blickpunkte des Jahres 2014 (kleine Auswahl).....	2
• Kontakt.....	6
• Themen in 2014.....	7
• Gedanken und Eindrücke.....	10
• Bilderschau.....	12

Blickpunkte des Jahres 2014 (kleine Auswahl)

Mit dem Jahresbeginn 2014 gab es traditionell viele Gelegenheiten zum Austausch u.a. im Rahmen von Grünkohlabenden und zahlreichen Neujahrsempfängen. Solche Anlässe geben regelmäßig die Möglichkeit ins Gespräch zu kommen und Anknüpfungspunkte auch zur Kommunalpolitik zu finden. In 2014 besuchte ich u.a. Geesthacht, Trittau, Ahrensburg, Schwarzenbek und Lauenburg und den gemeinsamen Neujahrsempfang der SPD-Ortsvereine Barsbüttel, Glinde, Oststeinbek, Reinbek und Wentorf und des Ortsvereins Büchen. Am 18. Januar 2014 nahm ich zum Neujahrsempfang der Bürgerinitiative „Glinde gegen rechts“ am Glinder Berg teil und setzte gemeinsam mit zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern, unter ihnen MdL Martin Habersaat, ein weiteres Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit. Es reihten sich auch außerhalb des Wahlkreises und in Berlin Neujahrsempfänge ein, teilweise mit politischen Runden, etwa von Seiten der ARGE NETZ (Berlin) und dem Bundesverband WindEnergie e.V. (Kiel).

In den sitzungsfreien Wochen des Jahres 2014 blieb Zeit für verschiedenste Ereignisse, teilweise auch zu Besuch bei Kolleginnen und Kollegen anderer Wahlkreise und Bundesländer.

Am 6. März wurde in Glinde eine „Stolperschwelle“ vor dem Eingang des ehemaligen Arbeitslagers Wiesenfeld verlegt. Mehr als 150 Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Verlegungszeremonie teil, mitgestaltet von Schülerinnen und Schülern aus Glinde.

Am 1. Mai fand erstmals in Schwarzenbek eine zentrale Kundgebung des DGB statt, an der auch MdL Olaf Schulze und die Jusos teilnahmen. Gemeinsam setzten wir ein Zeichen für die Wertschätzung von Arbeit.

Ulrike Rodust, unsere schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete, begleitete ich im Rahmen des Europawahlkampfes in das damals noch nicht wiedereröffnete Lauenburger Elbschiffahrtsmuseum und das Fluthilfebüro.

Ahrensburg feierte Geburtstag: 2014 wurde die Schlossstadt 700 Jahre alt. Beeindruckt hat mich die Ausstellung zum Stadtjubiläum, die im März mit mehr als 300 Besucherinnen und Besuchern im Marstall eröffnet wurde. Ein schönes Erlebnis war auch der Besuch des Sommerfestes der Stormarner Kindertage in Lütjensee, veranstaltet vom Kreisjugendring.

In der Berta-von-Suttner Schule in Geesthacht las ich im November im Rahmen des bundesweiten Vorlesetages Schülerinnen und Schülern der 6. Klassen eine Kurzgeschichte vor. Es schloss sich ein angeregter Austausch über die Einflüsse des Menschen auf unsere Umwelt an – das Thema der Kurzgeschichte.

Mit energiepolitischen Themen und Fragen zum Freihandelsabkommen war ich für Vorträge und Podiumsdiskussionen zu Gast bei den Kolleginnen und Kollegen Bettina Hagedorn, Ernst Dieter Rossmann, Sönke Rix, Bärbel Kofler (Bayern), Annette Kramme (Bayern) und Svenja Stadler (Niedersachsen).

Wahlkreis-Sommertour 2014

Unter dem Motto „Wirtschaft in der Metropolregion“ besuchte ich im Rahmen meiner diesjährigen Sommertour 15 Unternehmen. Bei dem Besuch der Hitzler Werft in Lauenburg begleitete mich Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel. Ute Vogt, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für Umwelt und Landwirtschaft, war zu Gast bei meinem Besuch der Domäne Fredeburg.

Fraktion vor Ort

Die erste meiner Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen fand statt am 30. Oktober 2014 in Lauenburg zum Thema „Hochwasserschutz jetzt gemeinsam gestalten“. Diese richtete ich gemeinsam mit meiner Kollegin Hiltrud Lotze, Berichterstatterin für das Thema Hochwasserschutz der SPD-Bundestagsfraktion, aus. Das von der Bundestagsfraktion gestaltete Veranstaltungsformat ermöglicht es Abgeordneten mit einem weiteren MdB Veranstaltungen zu bundespolitischen Themen auszurichten. Moderiert von MdL Olaf Schulze diskutierten wir mit Umweltminister Dr. Robert Habeck und Magnus J. K. Wessel, BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. sowie weit über 100 Gästen über aktuelle Herausforderungen rund um das Thema Hochwasserschutz.

Bei meiner zweiten Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung am 20. November 2014 in Ahrensburg diskutierte ich mit meinem Fraktionskollegen und Datensicherheitsexperten Gerold Reichenbach zum Thema „Datensicherheit als Standortvorteil für Unternehmen“. Mit auf dem Podium saß Prof. Dr. Johannes Caspar, Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit. Moderiert wurde die Veranstaltung von MdL Tobias von Pein.

Chancen ergreifen – Zukunft gestalten

Die bereits im Wahlkampf etablierte Veranstaltungsreihe ‚Chancen ergreifen – Zukunft gestalten‘ wurde auch nach der Bundestagswahl fortgeführt. Gemeinsam mit dem Ortsverein Glinde ging es bei einem Lese- und Diskussionsabend am 27. März um „Bürgerbeteiligung und Großprojekte – wie der Stopp des Transrapid gelungen ist“ zusammen mit Eckart Kuhlwein, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., dessen Buch „Stoppt Transrapid...und wie das gelungen ist“ im Dezember 2013 herausgekommen war.

Die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA standen im Mittelpunkt eines Diskussionsabends am 28. April in Ahrensburg. Mit Prof. h.c. Christa Randzio-Plath, ehemalige Europaabgeordnete und Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung, diskutierten wir über die Frage „Wie viel Freiheit braucht Handel?“ Einigkeit bestand, dass mit dem Abbau von Handelshemmnissen keinesfalls ein Abbau von gesellschaftlichen Umwelt-, Gesundheitsschutz- und damit auch

Gemeinwohlinteressen einhergehen darf sowie demokratische Rechtssetzungen weder direkt noch mittelbar eingeschränkt werden dürfen. Die Veranstaltung moderierte Ursula Pepper.

Politisches Frühstück

Zum Politischen Frühstück, ebenfalls einem bewährten Veranstaltungsformat aus dem Wahlkampf, lud ich am 13. April mit den Jusos nach Schwarzenbek ein. Gemeinsam mit Immo Braune, als damaligem Juso Kreisvorsitzenden im Herzogtum Lauenburg und Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord und etwa 25 Gästen diskutierten wir über das Gesetzesvorhaben zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Hierbei wurden auch die Ausnahmen in Gestalt der sog. „unter 18“ Regelung und des Umgangs mit Langzeitarbeitslosen kritisch hinterfragt.

Jubiläum Mauerfall

Für die ehemalige Grenzstadt Lauenburg hat das Mauerfall-Jubiläum eine ganz besondere Bedeutung. Dies würdigte ich mit einer Jubiläumsveranstaltung am 9. November, Beginn 18.53 Uhr – dem Zeitpunkt, an dem Günter Schabowski, damals Sekretär des Zentralkomitees der SED, auf Nachfrage zur Ausreiseregung für DDR-Bürger antwortete: „Das tritt nach meiner Kenntnis – ist das sofort, unverzüglich.“ Neben Bürgervorsteher Bernd Dittmer, vor dem Mauerfall Zollbeamter an der innerdeutschen Grenze, und Bürgermeister Andreas Thiede, brachte auch der ehemalige Bundestagsabgeordnete (1976 bis 1998) Eckart Kuhlwein seine Erinnerungen und Betrachtungen ein. Es war ein stimmungsvoller Abend, der vielen der 80 Gäste sehr nahe ging und mit einem Filmbeitrag von Dieter Schmidt über die Grenzöffnung abgerundet wurde.

Kreisübergreifende OV-Runde

Auch in diesem Jahr lud ich zum kreisübergreifenden Austausch über aktuelle bundespolitische Themen ein: nach Reinbek (10. Juli) und nach Schwarzenbek (17. September). Hier wurden Ideen und Positionen ausgetauscht und u.a. intensiv über die EEG-Novelle sowie Freihandelsabkommen diskutiert.

Gremienarbeit, Funktionen und Themenvertiefung

Meinem Wunsch, im Rahmen der Parlamentsarbeit den Schwerpunkt Energie zu verfolgen, wurde entsprochen: Mit der Ausschusszusammensetzung im Januar wurde ich Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, hier Berichterstatterin für Wärme und Energieeffizienz sowie stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Bau und Reaktorsicherheit. Zudem wurde ich in den Beirat der Bundesnetzagentur entsandt.

Bereits seit einigen Jahren bin ich Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. Auch hier findet derzeit eine intensive Auseinandersetzung mit Freihandelsabkommen statt.

Auslandsbesuche

Im Sommer folgte ich einer Einladung des stellv. Parteivorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel nach China zur Teilnahme am 3. Nachhaltigkeitsdialog. Die Dialogreihe wurde ehemals von Willy Brandt initiiert. Die Reise umfasste u.a. ein Gespräch mit Li Yuancho, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Chinas und Vizepräsident der Volksrepublik China.

Vom Wahlkreis nach Berlin: Meine Besucherinnen und Besucher 2014

Als Bundestagsabgeordnete stehen mir vielfältige Möglichkeiten offen, Besucherinnen und Besucher aus dem Wahlkreis in Berlin zu empfangen. Rund 300 Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis habe ich 2014 nach Berlin und in den Bundestag eingeladen.

Es gibt zudem die Möglichkeit, auf Einladung des Bundespresseamtes (BPA) für drei Tage die Hauptstadt zu besuchen. Die drei Fahrten à 50 Besucherinnen und Besucher waren gut nachgefragt und schnell ausgebucht – inzwischen haben wir eine Warteliste.

Meine BPA-Fahrten stehen jeweils unter einem Motto bzw. sprechen eine Zielgruppe an, um die Vernetzung der Teilnehmer zu den ausgewählten Themen untereinander zu fördern bzw. zu stärken: Im Mai 2014 habe ich besonders engagierte junge Menschen unter dem Motto „Jugend aktiv“ eingeladen, die September-Fahrt war dem Thema Integration gewidmet und im November lag die thematische Ausrichtung auf Fluthilfe. Eingeladen waren Akteure und Engagierte im Zusammenhang mit dem Elbehochwasser 2013.

Anlässlich der Aktionstage „girl´s day“, „Jugend und Parlament“ und zum „Planspiel Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion besuchten mich zahlreiche Jugendliche aus dem Wahlkreis in Berlin. In Zusammenarbeit der Handwerkskammer und den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten begleitete mich zudem ein Handwerksmeister aus Stormarn während einer Sitzungswoche und erhielt Einblick in die Arbeit des Bundestages.

Feste

Wo es Bürogemeinschaften mit dem Ortsverein und den Landtagskollegen gibt – und das gilt für meine beiden Wahlkreisbüros, Ahrensburg und Geesthacht – bietet es sich an, auch gemeinsam zu feiern. Am 12. April lud ich mit der Ahrensburger Bürogemeinschaft zum Frühlingsempfang und Kaffee, Kuchen und Klönschnack ein. Mehr als 50 Gäste nutzen den Nachmittag im AWO-Café, im Büro und bei herrlichem

Sonnenschein in der Fußgängerzone zum politischen Austausch. Für die Kinder hatte der „Falkenflitzer“, das Spielmobil der Falken, einige Aktionen aufgefahren, u.a. Kinderschminken und das Fertigen von Specksteinfiguren. Gefeiert wurde auch im Geesthachter Büro: Am 1. Mai nutzten wir das schöne Wetter zum Grillen. Das Jahr 2014 klang in geselliger Runde aus: am 6. Dezember beim Adventscafé im Wahlkreisbüro Ahrensburg und am 20. Dezember im Wahlkreisbüro Geesthacht.

Neue Heimat ...

Mit der Bundestagswahl wurde auch ein Heimatwechsel eingeläutet: Nach einigen Renovierungsarbeiten wohne ich nun seit Februar 2014 mit meiner Tochter Lilli in Geesthacht. In den freien Minuten versuchen wir die wunderschöne schleswig-holsteinische Landschaft zu erkunden...

Eure



Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539
nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 171 • 22926 Ahrensburg
Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht
Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Themen in 2014

Mit dem Jahr 2014 ging das erste Jahr große Koalition zu Ende – Zeit für eine Zwischenbilanz.

Weit über 100 Vorhaben ließen sich an dieser Stelle aufzählen; nicht alle erreichten das Licht der öffentlichen Wahrnehmung. Einschneidende Veränderungen bringt insbesondere der gesetzliche Mindestlohn, als das wohl prominenteste Thema des ersten Jahres der großen Koalition. Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro, wie er nun ab dem 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist und bis Ende 2016 flächendeckend eingeführt wird, ist eine historische Veränderung, die es ohne die SPD in der Regierung nicht gegeben hätte.

Der gesetzliche Mindestlohn markiert die gesellschaftliche Opportunitäts-Untergrenze einer Entlohnung. Hiermit erklärt die Gesellschaft als Wertegemeinschaft, dass Menschen von ihrer Entlohnung leben können müssen. Der Mindestlohn hilft uns, den Wert von Arbeit auch dann zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, wenn die Marktwirtschaft dies nicht leistet. Er durchbricht den Teufelskreis von Lohndumping und gesellschaftlicher Spaltung in Arm und Reich. Er verhilft flächendeckend zu einem Mindestmaß an Kaufkraft, was für immer mehr Regionen zu einer existenziellen Bedingung wird.

Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen

Mit der Nähe zur Elbe ist auch eine Kehrtwende in der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung hervorzuheben. Nachdem unter der schwarz-gelben Bundesregierung die Prämisse der Rationalisierung galt, womit die Ämter zunehmend an Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit einbüßten, wurde dies unter schwarz-rot nun korrigiert. Die geplante Struktur von 18 Wasserstraßen- und Schifffahrtsämtern – darunter Lauenburg – zur Stärkung regionaler Entscheidungskompetenzen soll gewährleisten, dass die Arbeitsfähigkeit und Regionalstruktur der Wasser- und Schifffahrtsämter erhalten bleiben.

Die Energiewende: Ausblick und Perspektiven

Die EEG-Novelle vom Sommer 2014, aber auch die vorangegangene Diskussion, begonnen bereits zu Wahlkampfzeiten, waren geprägt von der Vorgabe, Kosten zu senken. Die Diskussion konzentrierte sich dabei auf solche Kosten, die auf jeder Stromrechnung nachlesbar sind: Die EEG-Umlage. Da steigende Energiepreise im täglichen Leben uns Sozialdemokraten zuvorderst ansprechen, wurde dabei insbesondere die SPD Adressat der Forderung nach einzugrenzenden Strompreisen.

Übersehen werden darf dabei aber nicht, dass im weiteren Ausbau Erneuerbare Energien aufgrund der in den letzten Jahren stark gesunkenen Herstellungskosten (insbesondere Wind-Onshore und Photovoltaik) keine wesentlichen Kosten-

steigerungsfaktoren liegen und Erneuerbare Energien die geringsten gesamtgesellschaftlichen Belastungen vermitteln.

Ein einseitiger Fokus auf die genannten Kosten vernachlässigt zudem die Endlichkeit fossiler Energieressourcen, unsere weitgehende Importabhängigkeit von Energieressourcen, ganz zu schweigen von den immensen Folgeschäden, Risiken und Endlagerkosten, die mit fossil- bzw. atomarer Energiegewinnung einhergehen. Auch die mit dem dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien verbundene regionale Wertschöpfung und hier entstehende Arbeitsplätze werden mit einer verkürzten Kostenbetrachtung unzureichend berücksichtigt.

Insofern halte ich es für falsch, aus vermeintlichen Kosteneinspargründen den Ausbau Erneuerbarer Energien zu limitieren und setze mich für Maßnahmen ein, die die realen Kosten der Energiegewinnung im Rahmen der Energiepreisbildung widerspiegeln. Die Bezahlbarkeit von Energie kann langfristig nur über einen vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien gewährleistet werden. Sozial untragbare Belastungen auf dem Weg dahin sollten sozialpolitisch aufgegriffen werden und nicht die Bezahlbarkeit der Energiewende in Frage stellen.

Im Zuge der im Jahr 2015 anstehenden Diskussion um das Strommarktdesign wird es im Kern um die Frage der Versorgungssicherheit gehen: Wie muss ein Strommarkt mit einem wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien gestaltet sein? Wie gehen wir mit unseren heutigen immensen Überkapazitäten um? Wie gehen wir damit um, dass sich Kohlekraftwerke trotz ihrer schlechteren Klimabilanz am Markt besser rechnen als Gaskraftwerke?

Ein großer Nachholbedarf besteht darin, Erneuerbare Energien in stärkerem Maße als bisher als sog. Regelenergie – mithin kontinuierlich – verfügbar zu machen. Dies ist über ein besseres Netzmanagement und die weitergehende Einbeziehung von Kraft-Wärme-Kopplung aber auch Speicher technisch viel weitergehender möglich, als es der Strom- und Gesamtenergiemarkt heute abbildet. Auf diesem Weg lässt sich Versorgungssicherheit über Erneuerbare Energien früher herstellen und der Anteil fossil-atomarer Energien schneller ablösen.

TTIP, CETA und Fragen rund um Freihandelsabkommen

In den vergangenen Monaten gab es verstärkt Kritik an dem derzeit zwischen den USA und der EU verhandelten Freihandelsabkommen, genannt TTIP, aber auch an weiteren, teilweise weiter fortgeschrittenen Abkommen – allen voran eines mit Kanada namens CETA. Auch wenn der Deutsche Bundestag nicht an den Verhandlungen beteiligt ist, werden die Verträge hier abschließend zur Ratifizierung vorgelegt – jedenfalls wenn es sich um sogenannte „gemischte Abkommen“ handelt. Letzteres ist der Fall, wenn ein Abkommen Bestandteile enthält, die unter die Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fallen, etwa wenn es um Rüstungsgüter geht. Derzeit ist noch nicht abschließend geklärt, ob dies für das bereits als ausverhandelte CETA zutrifft. Die deutsche Bundesregierung vertritt die Ansicht, dass es sich um ein gemischtes Abkommen handelt.

Derzeit liegt das CETA-Abkommen nur in englischer Fassung vor. In den kommenden Monaten werden autorisierte Übersetzungen angefertigt, auf deren Grundlage offene Fragen zu klären sein werden. Erst dann wird mit einer entsprechenden Entscheidung des Ministerrates das Europäische Parlament abstimmen, woran sich der Ratifizierungsprozess der Mitgliedstaaten anschließt. Von heute aus gesehen wird dieser frühestens Ende 2015, wenn nicht erst 2016 beginnen und ca. zwei Jahre beanspruchen.

Für uns Sozialdemokraten ist – so auch der SPD-Konventbeschluss vom 20. September 2014 – klar, dass es ein Freihandelsabkommen, das gegen die international anerkannten Kernarbeitsnormen verstößt, nicht geben darf. Auch die Daseinsvorsorge darf nicht ausgehöhlt werden. Zudem sollten die Vertragsparteien über die vertragliche Verpflichtung, Handelshemmnisse abzubauen, keine Rechtslage schaffen, die es sowohl der EU als auch den Mitgliedstaaten erschweren, zukünftig Normen zu setzen, die auch handelshemmende Wirkung entfalten können. Denn dies unterwandert die Rechtssetzungshoheit der Mitgliedstaaten – gleiches gilt selbstredend für die andere Vertragspartei-Seite.

Diese Fragestellung wird besonders deutlich mit Blick auf den Investitionsschutz, wie er zurzeit noch vom Verhandlungsmandat TTIP erfasst ist und auch Bestandteil des Vertragsentwurfs CETA ist. Der Investitionsschutz sieht vor, dass Unternehmen, die durch staatliches Handeln entgegen einem vertraglich zugesicherten Schutz Investitionseinbußen erleiden, hiergegen vor eigens einzuberufenden sogenannten Schiedsgremien auf Schadensersatz klagen können. Im Ergebnis kann und darf nicht sein, dass hiermit der bestehende Rechtsschutz ausgehebelt wird, oder darüber hinaus Unternehmen gar eine indirekte Einwirkungsmöglichkeit auf Rechtssetzungsebenen eingeräumt wird: Drohende Schadensersatzklagen von Unternehmen könnten die betreffenden Rechtssetzungsebenen hemmen, solche Normen zu setzen, die möglicherweise von Schiedsgerichten verhängte Schadensersatzansprüche auslösen.

Daran anknüpfend sollte es auch eine grundsätzliche Fragestellung sein, ob mit Freihandelsabkommen möglicherweise neue Wirtschaftsordnungen „auf Vertragsbasis“ entstehen und ob dies mit unserem Demokratieverständnis vereinbar ist.

Um entsprechende Entwicklungen zu vermeiden, sollte bei Vertragsverhandlungen zu bi- und multilateralen Handelsbeziehungen statt eines so genannten Negativ-Listenansatzes (grundsätzliche Liberalisierung mit Ausnahmen) ein so genannter Positiv-Listenansatz (Abbau von qualifizierten Handelshemmnissen) verfolgt werden.

Weitere Themen und Stellungnahmen finden sich auf www.nina-scheer.de.

Gedanken und Eindrücke

Im ersten Jahr große Koalition wurden in Berlin bereits eine Menge Änderungen auf den Weg gebracht. Als größten Erfolg für die Sozialdemokratie werte ich hierbei die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Er bedeutet eine Kehrtwende in der Entwicklung des Arbeitsmarktes und schiebt dem dramatischen Auseinanderfallen von arm und reich einen ersten wirksamen Riegel vor. Weitere müssen folgen.

Sowohl der gesetzliche Mindestlohn als auch viele andere Themen, etwa die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, haben aber auch gezeigt, in welchem Spannungsverhältnis die große Koalition steckt:

Wie können an der Seite eines Koalitionspartners, dem nicht viele Stimmen fehlten, um allein zu regieren, „Wahlversprechen“ eingelöst werden? Ist man doch für die „klare Linie“ gewählt worden, gilt es nun dem Koalitionsvertrag und damit Kompromisslinien zu folgen. Dies ist eine Grundbedingung für eine Koalition. Aber nicht jedes politische Ziel verträgt einen Kompromiss. Wenn sich die SPD für gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel einsetzt, die CDU/CSU es aber ausreichend findet, dass gentechnische Verunreinigung gekennzeichnet wird, auf diesem Weg aber Verunreinigung zugelassen werden, gibt es keinen Kompromiss. Wenn die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn möchte, die CDU aber nicht, gibt es hier ebenfalls keinen Kompromiss. Und es wird besonders kompliziert, wenn sich alle für die Energiewende aussprechen, dann aber auf gemeinsame Nenner hinwirken, die den Ausbau Erneuerbarer Energien drastisch beschränken, sodass selbst die restriktiven Ausbauziele gemäß Koalitionsvertrag wahrscheinlich nicht eingehalten werden können – für mich ein Grund, weshalb ich mich bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Sommer enthalten habe.

Die wohl größte Herausforderung der parlamentarischen Arbeit – insbesondere innerhalb einer großen Koalition – besteht in dem Spannungsverhältnis zwischen den eigenen Zielen und der Umsetzung des Koalitionsbündnisses. Koalitionen, zumal zwischen Fraktionen, die verhältnismäßig weit voneinander entfernte Positionen in vielen Bereichen einnehmen, können nur auf entsprechend kleinen gemeinsamen Nennern aufbauen. Die Umsetzung dieses gemeinsamen Nenners ist damit zwangsläufig nicht zugleich die Umsetzung von Wahlprogrammen. Hinzu kommt, dass Wahlprogramme eher die Unterschiede zwischen den Parteien offenbaren als die Gemeinsamkeiten – so wird es den Wählerinnen und Wählern erleichtert, mit der Wahl eine Richtungsentscheidung vorzunehmen.

Wo bleibt die Glaubwürdigkeit?

Koalitionen können aus den genannten Gründen eine ernstzunehmende Bedrohung für die Glaubwürdigkeit von Politik werden. Andererseits sind Koalitionen nichts anderes als die verantwortungsbewusste bzw. eine die Mehrheiten respektierende Umsetzung von Wahlergebnissen. Ein Koalitionsvertrag ist zumeist hart ausgehandelt. Es ist allen Beteiligten bewusst: Wird er an einer Stelle hinterfragt oder gebrochen, wird dies auch an anderer Stelle von anderer Seite getan. Schließlich ist der Vertrag der Kompromisse nur etwas wert, wenn sich alle daran halten.

Eine funktionierende Demokratie ist auf Organisationsfähigkeit von Politik angewiesen. Damit hierbei aber nicht die Glaubwürdigkeit verloren geht, bedarf es mehr Offenheit und Ehrlichkeit über die Organisation von Politik: Gemeinsam auf den Weg gebrachte Veränderungen müssen erkennen lassen, an welchen Stellen Kompromisse eingegangen wurden. Andernfalls wird der Öffentlichkeit vermittelt, es gebe in der Koalition keine Unterschiede bzw. man betrachte die Ergebnisse uneingeschränkt als den eigenen politischen Erfolg. Auf diesem Weg geht sowohl das Profil verloren als auch die Möglichkeit, anhand der getroffenen Entscheidungen – unter anderen Mehrheitsverhältnissen – Richtungswechsel oder Änderungsbedarfe aufzuzeigen.

Hierbei ist auch die Öffentlichkeit gefordert: Meinungsunterschiede sind Zeichen lebendiger Politik. Nicht die Harmonie muss eingefordert werden, sondern ein breites Meinungsspektrum, das einer offenen Diskussion bedarf. Nur so kann die Bevölkerung teilnehmen und den politischen Entscheidungsebenen vertrauen. Wird öffentlich aber häufig nur die Einmütigkeit belohnt, führt dies vermehrt dazu, dass Auseinandersetzungen hinter verschlossenen Türen oder in engsten Personenkreisen stattfinden – auf Kosten von demokratischer Streitkultur und Mitbestimmung. Die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada bzw. den USA und die hier fehlende Transparenz zeigen, dass Politik ohne Einsichts- und Diskussionsmöglichkeiten demokratiefeindlich ist und von den Menschen zu Recht abgelehnt wird. Intransparenz schürt Misstrauen und bildet den Nährboden für Populismus.

In den Ortsvereinen können wir die Streitkultur leben und nutzen – und sollten nicht müde werden, diese auch an anderer Stelle einzufordern!

Eure



